

Wachstum 2007

Daten des Statistischen Bundesamtes

kommentiert von **Heinz Gess**

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist deutsche Wirtschaft im Jahr 2007 preisbereinigt um 2,5% gewachsen. Um soviel höher war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. Die Konsumausgaben trugen mit 0,2% Punkten zum BIP-Wachstum bei.

Die konsumbedingten positiven Wachstumseffekte sind allein Konsumausgaben des Staates zu verdanken. Sie legten preisbereinigt um 2,0% zu, während sich die privaten Konsumausgaben in 2007 im Vergleich zum 0,3% verringerten. Das führe zu einem negativen Wachstumsbeitrag von 0,2% Punkten führte. In 2006 leistete der private Konsum demgegenüber noch einen positiven Wachstumsbeitrag von 0,6% Punkten. In diesen beiden Ergebnissen dürfte sich indessen auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer widerspiegeln. Sie führte in 2006 im Jahr 2006 zu Vorzieheffekten.

Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, fiel erneut wieder, nun auf 64,6%. Das ist ein Prozentpunkt weniger als im Jahr zuvor. Im Jahr 1999 betrug die Lohnquote noch 72,2%. Das bedeutet, dass die Einkommen aus Vermögen (Profit, Zinsen, Bodenrente, Mieten etc.) im Verhältnis zum Anteil des Lohneinkommens am Volkeinkommen seit 1999

wieder unablässig steigt. Das, obwohl die Anzahl der beschäftigten Lohnarbeiter im Jahr 2007 um ca. ½ Million zugenommen hat. Mit anderen Worten, der Anteil des Einkommens der wenigen Vermögenden am Volkseinkommen steigt, während der Anteil des aus Arbeit bezogenen Einkommens trotz erheblich gesteigener Arbeitsstunden und der Zunahme der Zahl der Beschäftigten gesunken ist.

Die Anzahl der Beschäftigten hat im vergangenen Jahr um 1,7% zugenommen. Die durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter stiegen je Arbeitnehmer um 1,3%, die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter dagegen wegen steigender Abgaben nur um 0,5%. Bei diesen Daten handelt um Nominalwerte.

Inflationsbereinigt haben sich die Löhne und -gehälter je Arbeitnehmer auch in 2007 dagegen erneut wieder rückläufig entwickelt. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um - 0,8%, die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um - 1,6%. Das ist zurückzuführen auf die nur mäßige Steigerung der Löhne und -gehälter und vor allem auf die schlechte Qualität der neu geschaffenen Stellen (Niedriglöhne, Leiharbeit usw.).

Mittlerweile gibt es über 700 000 Lohnarbeiter, deren Arbeitslohn nicht ausreicht, um das kulturelle Existenzminimum zu erwerben und die deshalb auf Zusatzleistungen auf Hartz IV angewiesen sind. Auf der anderen Seite steigen die Kapitalerträge und sonstigen Vermögenserträge. Die Umverteilung von unten nach oben hält an – und zwar „nachhaltig“. Darin drückt sich aus, dass die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ gestiegen, die Macht des Faktors Kapital gestiegen und der Wert der Arbeitskraft gesamtgesellschaftlich gesunken ist. Immer mehr müssen sich die vereinzelt Einzelnen, die nichts haben als das Selbst, das sei veräußern müssen, um zu leben, nach der Decke strecken, um noch etwas von dem durch ihre Arbeit erwirtschaftetes Reichtum abzukommen. Der relative Mehrwert, den das Kapital sich aneignet wächst. Zugleich steigt auch der absolute Mehrwert durch die Ausdehnung der Arbeitszeit bei nur geringfügig gewachsener Lohnhöhe. Das heißt: Es ist gesamtgesellschaftlich immer mehr Mehrarbeit, die das Kapital/Vermögen sich in Form von Profit,

Zinsen, Renten etc, aneignet notwendig, damit die notwendige gesellschaftliche Arbeit, d. i. die Arbeit, die gesellschaftlich notwendig ist, damit die Reproduktion des Lebens derer, die auf dem Markt nichts anderes zu veräußern haben, als ihr Arbeitsvermögen, auf dem erreichten gesellschaftlichen Stand gesichert ist, geleistet werden kann. Oder mit anderen Worten: Der Druck des Kapitals auf die Lohnarbeiterschaft ist noch einmal wider gewachsen.

s. dazu auch:

„Daten zum Skandal der wachsenden sozialen Ungleichheit in Deutschland“ <http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=372>